



KRIEGSVORBEREITUNG AUF HOCHTOUREN

2025 finden zahlreiche NATO-Maßnahmen in Deutschland oder unter deutscher Beteiligung statt. Sie haben alle gemeinsam, dass es um Kriegsvorbereitungen gegen Russland und China geht. So wurde in Niedersachsen geübt, wie Rathäuser in militärische Kommandozentralen umgewandelt und Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst der Armee unterstellt werden.

Kommandowirtschaft und US-Raketen

Mit der Kriegsübung „Red Storm Bravo“ wurde in Hamburg nun erstmals geübt, wie die Mitarbeiter der „Arbeitsagentur“ das sogenannte „Arbeitssicherstellungsgesetz“ durchsetzen. Diese Beschlagnahme von Arbeitskraft wird möglich, wenn der Bundestag den „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ feststellt. Die Vorbereitungen zur Einführung der Wehrpflicht sollen eine Armeestärke schaffen, die für den heißen Krieg gerüstet ist.

Dazu will die Bundesregierung nächstes Jahr neue US-Raketen in Deutschland stationieren. Diese in Washington verkündete Entscheidung würde dazu führen, dass in Deutschland Kriegsgerät steht, welches für einen Enthauptungsschlag gegen Moskau einsetzbar ist. Damit steigt die Gefahr, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht.

Deutsche „Führung“ für neue Macht

An der Seite der aggressivsten US-Regierung und des Apartheid-Regimes in Israel möchte der Bundeskanzler die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ aufbauen.

„Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“, sagte die Revolutionärin Rosa Luxemburg vor dem ersten Weltkrieg. Heute steigen die Aktienwerte der deutschen Rüstungsindustrie von Rheinmetall oder Renk in ungekannte Höhen. Denn ein staatlich finanziertes

Rüstungspaket jagt das nächste und deutsche Soldaten stehen in Litauen wieder an der Grenze zu Russland.

US-Militärs verkünden in Wiesbaden, dass die NATO vielleicht bald das russische Kaliningrad angreift und einnimmt: „Wir haben das

US-Raketen in Grafenwöhr, um Russland anzugreifen?!

Die zur Stationierung in Deutschland vorgesehenen US-Raketen sind aufgrund ihrer kurzen Vorwarnzeit Erstschlagwaffen, die russische Kommandozentralen und große Teile der Raketenabwehr zerstören können. Man nennt sie deshalb zu Recht auch Enthauptungswaffen.

Mit dem **Berliner Appell** wenden sich zehntausende an die Bundesregierung:

„Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real (...)

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckengewaffen in Deutschland! (...)

Berliner Appell unterschreiben:

nie-wieder-krieg.org



Block der DKP auf der Friedensdemonstration in Berlin am 3. Oktober 2025 (Foto: Katharina Kniesche)

Szenario bereits durchgespielt und Pläne für einen solchen Fall entwickelt“. Die Lüge von der russischen Bedrohung ignoriert die Tatsachen, dass NATO-Militär seit Jahren China und Russland einkreisen und alleine die europäischen NATO-Staaten ohne die USA hochgerüsteter sind als Russland. Gleichzeitig wird erneut über den Zugriff auf „eigene“ deutsche Atomwaffen nachgedacht.

Arbeit statt Rüstung und Krieg!

Angeichts des jahrzehntelangen Investitionsstaus schürt die Regierung Hoffnungen, dass von den Milliarden für militärisch-nutzbare Infrastruktur auch eine Brücke oder eine Bahnverbindung repariert wird. Die dafür bereitgestellten gigantischen Summen fehlen bei staatlichen Ausgaben für Soziales, Rente und wirklich notwendiger Infrastruktur, wie Verkehr oder Wohnungsbau.

Deutsche Unterstützung des Völkermords in Palästina stoppen!

Ein Waffenstillstand für Gaza ist verhandelt, doch Israel bombardiert weiter. Der Gaza-Streifen ist das größte Freiluftgefängnis der Welt und er ist komplett zerstört. Die Menschen dort brauchen weiter unsere Solidarität. Wir fordern, das Völkerrecht einzuhalten, das Existenzrecht Palästinas anzuerkennen und die Palästinenser nicht länger als Geiseln zu nehmen. Israel muss endlich ausreichend Hilfsgüter unter Kontrolle der Vereinten Nationen nach Gaza lassen. Wir fordern ein Ende der Unterstützung der Apartheidpolitik Israels durch die Bundesregierung.

Flugblätter, Broschüren, Aufkleber, Banner, Pins und T-Shirts in Solidarität mit Palästina können im uz-shop.de bestellt werden.

Hinzu kommen massiv gestiegene Energiepreise durch das Embargo von russischem Gas und die Sprengung von NordStream2. So kann die US-Regierung im Wirtschaftskrieg sowohl umweltschädliches und teures Fracking-Gas an Deutschland verkaufen, während bei den Verhandlungen im Handelskrieg mit von der Leyens EU zeitgleich Strafzölle von 15 Prozent verhängt werden und Industriebetriebe hier dichtmachen und in die USA verlagert werden sollen.

Wer soll das bezahlen?

Finanziert wird die Hochrüstung mit unbegrenzten Kriegskrediten, die mit der Unterstützung aller etablierten Parteien im bereits abgewählten Bundestag und im Bundesrat durchgepeitscht wurden.

5 Prozent der Wirtschaftsleistung wird nun in die Rüstung gesteckt, so wie es US-Präsident Trump und AfD-Chefin Weidel zum Jahreswechsel gefordert haben. So wird künftig fast jeder zweite Euro für Krieg ausgegeben. Kritische Stimmen werden denunziert, verächtlich gemacht und unterdrückt.

Der reaktionäre Umbau des Staates und die Militarisierung der gesamten Gesellschaft dient der Herstellung der Heimatfront zur Vorbereitung des Krieges.

Der reaktionär-militaristische Umbau dreht die Stimmung: Wer die NATO kritisiert, argumentiere für den Feind.

Auf die Straße für den Frieden!

Die **DKP** unterstützt parteiübergreifende Bündnisse gegen Krieg und Sozialabbau, die von Friedenskräften in Gewerkschaften, Parteien und außerparlamentarischen Initiativen getragen werden. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die großen Demonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart waren ein Höhepunkt, an dem wir anknüpfen können.

Wir sagen: **Nein zur Wehrpflicht!**

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema
Frieden – dort weiter, wo
andere Medien längst
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- ☐ Die UZ sechs Wochen **gratis** probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- ☐ Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de**